

Umweltamt Hagen 69/210	
	Ihr Ansprechpartnerin: Frau Sonnenschein Tel.: 207 - 2722 Fax: 207 - 2469
	E-Mail Anke.sonnenschein@stadt-hagen.de
	Datum: 28.09.2018

Vorschlag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP hier: Vermeidung von Einwegbechern (Coffee-to-go-Becher) Vorlage: 0774/2018

1. Auszug Protokoll:

Herr Panzer bittet die Verwaltung zu untersuchen, wie die aktuelle Beschlusslage des Rates zur Verwendung von Einweggeschirr lautet. Dazu soll in der nächsten Sitzung berichtet werden.

Information zu Punkt 1.

Bereits in der alten Abfallsatzung in § 4 Abfallvermeidung in Absatz 2 wird die Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen und auf öffentlichen Flächen vorgeschrieben:

„(2) Zur Erreichung dieses Ziels dürfen in öffentlichen Einrichtungen und bei Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen, die im Eigentum der Stadt stehen, Speisen und Getränke nur in wiederverwendbaren Verpackungen und Behältnissen ausgegeben werden. Für Veranstaltungen, bei denen durch Verwendung von Mehrwegverpackungen oder -behältnissen Gefahren für Menschen entstehen können, kann die Stadt Hagen auf Antrag eine Ausnahme zulassen, wenn die Gefahren nicht auf andere Weise vermieden werden können.“

In der neuen Abfallsatzung, die am 01.01.2019 in Kraft tritt findet sich der Passus in § 5 Abfallvermeidung/Abfallverwertung im Absatz 1:

„(1) Die Stadt wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen der Stadt durchgeführt werden, die Maßgaben des § 2 Landesabfallgesetz NRW (LAbfG NRW) beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit auszeichnen.“

2. Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer (SIHK) sowie der für die Stadt als Wirtschaftsförderung tätigen Hagen Agentur die in Hagen ansässigen Unternehmen auf die Mehrwegsyste me für Coffee-to-go-Becher, z.B. der Firmen CUPFORCUP oder RECUP aufmerksam zu machen und ein koordiniertes Vorgehen anzustoßen. Es ist ausdrücklich nicht vorgesehen, dass die Stadt als Unternehmer oder Franchisenehmer auftritt.

Information zu Punkt 2

Die Untere Abfallwirtschaftsbehörde hat im August erste Gespräche zu diesem Thema mit der Verbraucherzentrale Hagen geführt. Geplant ist, dieses Thema gemeinsam anzugehen und ein Konzept für die Stadt Hagen zu entwickeln. Verschiedene Bausteine, wie Wiederverfüllung eigener Coffee-to-go-Becher bis hin zu einem stadtweiten Pfandsystem (z.B. Stadt Freiburg), sind dabei zu prüfen. Dazu ist das Einbinden der im Beschluss genannten Institutionen vorgesehen.

Gez. Sonnenschein

SPD-Fraktion CDU-Fraktion Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Fraktion Hagen Aktiv FDP-Fraktion Fraktion Die Linke

Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause -

30.10.2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 30.10.2018 zum vorhandenen Tagesordnungspunkt Ö.4.10 **Bestellung von Leistungen der Hagener Straßenbahn AG auf Basis des Ratsbeschlusses vom 05.07.2018** den folgenden Ergänzungsantrag auf:

Beschlussvorschlag 3:

Die Hagener Straßenbahn wird über die Verwaltung beauftragt, die im Schreiben vom 25.10.2018 mit Zeichen -30- FI/Stz abstrakt formulierten Hindernisse einer geplanten Umbestellung unverzüglich, bis spätestens zum 5. November 2018, schriftlich zu konkretisieren.

Dies sind insbesondere ...

- ... die nachvollziehbare Berechnung der prognostizierten Mehrkosten durch die Umbestellung
- ... die nachvollziehbare Berechnung der prognostizierten Minderkosten durch die Umbestellung
- ... die prognostizierten weiteren Einsparungen im übrigen Liniennetz der Hagener Straßenbahn
- ... die organisatorischen und juristischen Probleme bzw. Hindernisse, die einer Umsetzung der Umbestellung entgegenstehen

Begründung:

Damit eine fachliche Bewertung der geäußerten Einwände der Hagener Straßenbahn möglich ist, sind belastbare Informationen erforderlich. Diese fehlen dem o.g. Schreiben. Die Antragsteller gehen davon aus, dass die Hagener Straßenbahn im Vorfeld des Schreibens entsprechende Berechnungen und organisatorische wie rechtliche Prüfungen angestellt hat. Es sollte deshalb leicht möglich sein, diese Fakten dem Rat kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion
f.d.R. Andreas Reitmajer

CDU-Fraktion
f.d.R. Alexander M. Böhm

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
f.d.R. Hubertus Wolzenburg

Fraktion Hagen Aktiv
Dr. Josef Bücker

FDP-Fraktion
f.d.R. Daniel George

Fraktion Die Linke
f.d.R. Ingo Hentschel

Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten
f.d.R. Frank Schmidt



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

61

Betreff: Drucksachennummer: 0228/2017
Fortführung des Betriebs der Museumseisenbahn auf der Ruhrtalstrecke

Beratungsfolge:
30.10.2018 UWA



Der Betrieb der Museumseisenbahn auf der Ruhrtalstrecke soll gemäß Beschluss des Verwaltungsvorstandes vom 04.09.2018 fortgeführt werden.

Da die Finanzierung aus der ÖPNV-Pauschale nicht mehr deren Zweckbindung entspricht, sollen die erforderlichen Mittel aus dem Finanzvolumen der Zuwendung für die Hagener Straßenbahn AG entnommen werden, die wiederum durch die ÖPNV-Pauschale gegenfinanziert werden.

Die Finanzierung des Betriebs erfolgt auf der Basis der DAWI-Kriterien (**D**ienstleistungen von **a**llgemeinem **w**irtschaftlichen **I**nteresse).

Demnach ist das Fördervolumen über drei Jahre auf € 500.000,- gedeckelt. Zur rechtssicheren Vergabe des Dienstleistungsauftrags an einen Betreiber ist eine Ausschreibung vorzuschalten. Diese wird die Stadt Hagen in Kürze gemeinsam mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis in die Wege leiten.

Die in der Ausschreibung zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen werden sein:

- Laufzeit 3 Jahre (2019 – 2021)
- Einsatz von historischen Fahrzeugen (Baujahr vor 1970)
- Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme
- Fahrtstrecke 1 (Ruhrtalbahn) Hattingen – Witten - Hagen
- Fahrtstrecke 2 (Teckel) Herdecke – Hagen – Gevelsberg - Ennepetal



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

61

Betreff: Drucksachennummer: 0228/2017
Verwendung der ÖPNV-Pauschale

Beratungsfolge:
30.10.2018 UWA



Mit Beginn der Spielzeit 2018/19 wurde von Seiten der Stadtverwaltung die Unterstützung der Konzertbusse und der Theatertaxen aus der ÖPNV-Pauschale gemäß Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität eingestellt.

Das Angebot wird von der Theater gGmbH mit Hilfe von Sponsoren und Nutzerbeiträgen fortgeführt.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
